

Stadtränder vom Grund her neu gedacht

Text von Ana Clementina Irimină



Nach der Revolution von 1989 wuchsen rumänische Städte in die landwirtschaftliche Fläche, die sie umgab – ungeordnet, infrastrukturell schlecht versorgt und sozial unausgewogen. Wie kam es dazu, und welche längeren Entwicklungslinien stecken dahinter? Im Mittelpunkt steht die Frage des Eigentums an Boden und wie sie im postsozialistischen Rumänien politisch beantwortet wurde.

Voriges Jahr wurde bei der Berlinale der Spielfilm „Kontinental 25“ des rumänischen Regisseurs Radu Jude mit dem Silbernen Bären für das beste Drehbuch ausgezeichnet. Dessen Hauptfigur ist die Gerichtsvollzieherin Orsolya (gespielt von Eszter Tompa) aus der rumänischen Großstadt Cluj-Napoca, die einen alten Mann aus seiner improvisierten Unterkunft im Heizungsraum eines Wohn-

hauses evakuieren muss. Die Immobilie wurde verkauft, in ihr soll ein Luxushotel entstehen. Doch kurz bevor er ausziehen soll, nimmt sich der Mann das Leben. Orsolya findet ihn tot in seiner provisorischen Wohnung und ist davon zutiefst erschüttert. Der Rest der Geschichte dreht sich darum, wie die Frau versucht, dieses tragische Ereignis zu verarbeiten.

Obwohl er eine fiktive Geschichte erzählt, greift Radu Jude's Film doch die sehr realen Verwerfungen in der Entwicklung rumänischer Städte während der letzten 37 Jahre auf: die wachsenden Immobilienmärkte mit wohlhabenden Investoren, die Städte verändern und dabei die Ärmsten der Gesellschaft ausgrenzen; das Wachstum an den Stadträndern, wo ungeregt und oft ohne die nötigen Infrastrukturen gebaut wird, wo die Verkehrsnetze schlecht sind und dennoch die Bebauungsdichte sehr hoch ist. Die Hauptfigur Orsolya selbst wohnt in einem neuen Eigenheim in einem Vorort von Cluj. Der Film endet wortlos mit wechselnden, kontrastierenden Kulissen von verfallenen, engen Sozialsiedlungen und modernen, teils prunkvollen Neubauwohnungen an den wachsenden Rändern der Stadt.

wicklung des suburbanen Raums in Rumänien noch kaum erforscht. Ich stütze mich deswegen auch auf Forschungen aus der Geographie und der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung. Historische Studien zu städtischen und ländlichen Gebieten nutze ich ebenfalls als Referenzen. Zwei Überlegungen leiten mich dabei: Erstens gehe ich nicht von einer „Stunde null“ aus. Obwohl die Revolution in Rumänien 1989 eine wichtige Zäsur war, bauten die Veränderungen, die folgten, doch auf dem auf, was davor bereits bestand. Und zweitens stehen Fragen von Eigentum und Bodennutzung für mich im Zentrum: Debatten, politische Interessen, Verwirklichungswünsche, die Regelung von Eigentumsrechten und Rückgabeansprüchen – das Thema hat viele Facetten. Und es ist, so viel kann



Braşov (deutsch: Kronstadt, ungarisch: Brassó), Großstadt in Siebenbürgen, Rumänien, Foto: Asumnial, Lizenz: Wiki Commons, [CC BY SA 4.0](#)

Als Historikerin interessiert mich, wie diese besonderen Räume im postsozialistischen Rumänien neu entstanden sind. Ich stehe noch am Anfang der Forschung für mein Dissertationsprojekt, das Aspekte der Eigentums-, Planungs- und Gesellschaftsgeschichte verbindet. Es nimmt die baulichen Entwicklungen an den Rändern rumänischer Städte unter die Lupe und sucht nach deren Ursachen. Ein guter Moment zu fragen: Was wissen wir schon über den Wandel suburbaner Räume in Rumänien? Was haben Historiker*innen und Forschende anderer Disziplinen herausgefunden? Und wo hat das Verständnis noch Lücken?

Dies ist eine Reise durch verschiedene Orte und Zeiten in Rumänien, vor allem aber verschiedene intellektuelle Zugänge und konkrete Forschungsarbeiten, die mich inspiriert haben und wichtige Grundlagen für meine eigene Arbeit bilden. In der Geschichtswissenschaft ist die Ent-

ich jetzt schon sagen, der Schlüssel, um die komplexe Transformation der städtischen Randgebiete in Rumänien nach 1989/90 zu verstehen.

Wohnen am Stadtrand – auch im „Ostblock“

Suburbanisierung, also das Wachstum von Vororten und die Verlagerung von Wohnraum und Gewerbe dorthin, wird oft als etwas beschrieben, das nur im kapitalistischen „Westen“ stattfand. Doch auch die Städte im „Ostblock“ erlebten Erweiterungen am Stadtrand, nur anders. Im kapitalistischen Westeuropa wurden nach dem Zweiten Weltkrieg Eigenheime an den Rändern der Städte oder in deren Umland gebaut. Dieser Prozess wurde von Faktoren wie der Automatisierung, der Randwanderung vieler Arbeitsplätze, den hohen Lebensunter-



Der Vorort Florești der rumänischen Großstadt Cluj-Napoca: Foto: Levnagyi, Wiki Commons, Lizenz: [CC BY SA 4.0](#)



Harris, Richard & Lehrer, Ute (2018).

The Suburban Land Question: Introduction.

In: Dies. (Hrsg.).
The Suburban Land Question. A Global Survey.

University of Toronto Press,
Toronto / Buffalo, NY.

haltungskosten in der Kernstadt und dem Wunsch nach einer ruhigeren, naturnahen Wohnlage angetrieben. Am Stadtrand konnte man als Privateigentümer*in im Vergleich zur Innenstadt auf größeren, preiswerteren Baulandparzellen leben. Aspekte der Nachhaltigkeit, wie der hohe Landverbrauch und Energie- und Infrastrukturkosten, wurden damals nicht bedacht.

Doch auch in den sozialistischen Ländern wurde das Bauen auf der „grünen Wiese“ als wichtiger Bestandteil des Städtebaus betrachtet. Hier wurde der Grund und Boden nach 1945 in Volkseigentum überführt. Das Eigentum am Grundstück und das Eigentum am Gebäude wurden voneinander getrennt. Somit verfügte der Staats- und Parteiapparat alleine über den Boden und konnte auch die gesamte Bau- und Plantätigkeit koordinieren. Dementsprechend konnten private Initiativen im urbanen Raum nur selten verwirklicht werden. Stattdessen wurden große Wohnungsbauprojekte am Stadtrand geplant, die das Wohnungsproblem lösen sollten. Diese Großbauwohngebiete realisierte man in Plattenbauweise. Sie zeichneten sich oft durch eine hohe Bebauungsdichte und eine kompakte Form aus.

Die Architektin Sonia Hirt sieht den Bau dieser sozialistischen Großwohnsiedlungen nicht im Gegensatz zu den westlichen Suburbanisierungsprojekten, auch wenn sie sich in ihrer Bauweise und -form unterscheiden. Stattdessen stellen sie nach ihrer Auffassung zwei Varianten der Moderne dar, die dieselbe Frage beantworten: Wie kann Stadt- und Wohnraum passend gestaltet werden und so auch das jeweilige politische System legitimiert werden? Über rein ästhetische

Fragen gehen auch die Stadtforscher*innen Richard Harris und Ute Lehrer hinaus. Sie fragen nach dem Wandel der Bodennutzung und der damit zusammenhängenden Bewertung des Bodens. Sowohl die sozialistischen Großwohnsiedlungen als auch die Eigenheime im westlichen Europa waren nur durch die Umwandlung von Agrar- in Bauland möglich. Während im ländlichen Raum Eigenschaften wie seine Fruchtbarkeit relevant sind, spielt in der Stadt vor allem seine Lage eine wichtige Rolle. So ist der Stadtrand ein Ort, wo sich sowohl die Nutzung als auch die Bewertung des Bodens grundlegend ändert, unabhängig vom Wirtschaftssystem. Im kapitalistischen System führt die Umnutzung zu einem deutlichen Anstieg des monetären Werts.

Revolution ohne Elitenwechsel

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems sollten die betroffenen Staaten nach westlichem Muster reformiert werden. Zu dieser Transformation gehörte die Abkehr von der Ein-Partei-Diktatur, die Einführung eines neoliberalen Marktsystems und eng damit verbunden auch die Privatisierung von staatseigenen Unternehmen und Ressourcen. Für die Stadtentwicklungen nach 1989/90 waren vor allem die Privatisierung von Grund und Boden und die Neuordnung – oft Dezentralisierung – der staatlichen und kommunalen Stadt- und Regionalplanung von Bedeutung. Das Tempo und der genaue Ablauf dieser Prozesse variierten von Land zu Land. Rumänien ist das einzige Land des ehemaligen „Ostblock“, in dem die Revolution 1989 nicht friedlich verlief. Hier kulminier-



Hirt, Sonia (2018).

Alternative Peripheries:
Socialist Mass Housing
Compared with Modern
Suburbia,

in: Harris, Richard & Lehrer, Ute (Hrsg.).
The Suburban Land Question. A Global Survey.

University of Toronto Press,
Toronto / Buffalo, NY.

ten die gewaltvollen Proteste in der Erschießung des Diktators Nicolae Ceaușescu und seiner Frau Elena am ersten Weihnachtstag 1989. Ihre Leichen wurden anschließend im Fernsehen gezeigt. Trotz dieses drastischen Umbruchs kam es nicht zu einem umfassenden Elitenwechsel, sondern die Macht wurde von zweitrangigen Funktionären der ehemaligen kommunistischen Nomenklatura übernommen. Dies hatte einen lang-samen, unstrukturierten und von Korruption geprägten Transformationsprozess zur Folge.

Sehr deutlich tritt das in den politischen Debatten und den Gesetzgebungsprozessen zu Eigentumsfragen zutage – etwa zum Umgang mit enteignetem Grund- und Wohneigentum. Hier gingen wichtige Forschungs-impulse von der Rechtsgeschichte aus. Die Rechtswissenschaftlerin Mihaela Șerban fasste die langwierigen politischen Debatten zusammen, die zu dem 1995 verabschiedeten Restitutionsgesetz führten. Dieses Gesetz erlaubte nur dann die Restitution, wenn die Alteigentümer*innen noch als Mieter*innen in ihren Wohnungen lebten oder die Wohnungen leer standen. Diese Vorgehensweise wurde von der regierenden Nachfolgerpartei der ehemaligen Kommunisten unter-stützt, die Restitution ablehnte. In Vorbereitung auf den EU-Beitritt Rumäniens revidierte dieselbe Partei, nun erneut an der Regierung, ihre Haltung mit einem neuen Gesetz im Jahr 2001. Dieses sah den Anspruch auf Restitution der enteigneten Alteigentümer*innen vor, erkannte aber auch die Regelungen von 1995 an, so dass in den davon betroffenen Fällen keine Rück-gabe, sondern nur eine Entschädigung möglich war. Șerban untersuchte außerdem die Konflikte zwischen Alteigentümer*innen und Mieter*innen, wie auch die Argumente, auf die sich beide Gruppen beriefen. Sie

zeigt, dass beide Seiten zwar von der Institution Eigen-tum überzeugt waren, aber der staatlichen Rechtspra-xis grundsätzlich misstrauten.

Restitution und Landnutzung: Drei Raumtypen, drei Geschichten

Fragen von Restitution und Eigentum hatten starke Auswirkungen auf die Stadtentwicklung. Und auch hier wurden sie zum Spielball politischer Interessen. Das zeigt die Anthropologin und Historikerin Emanuela Grama, die die Transformation der Bukarester Altstadt in der kommunistischen und postkommunistischen Zeit untersuchte. Grama arbeitete heraus, dass erhaltende Investitionen wie auch ihre Unterlassung davon abhingen, welche Bedeutung der Altstadt im kulturellen Erbe Rumäniens zugeschrieben wurde – und dies wandelte sich im Lauf der Zeit. Für die Zeit ab 1990 argumentiert die Autorin, dass die politische, ex-kommunistische Elite den Stadtteil, der schon in den 1980er-Jahren in einem schlechten Zustand war, zunächst bewusst weiter verfallen ließ, um dadurch mögliche Restitutionsforderungen abzuschrecken. In den verfallenen Altbauten lebten vorwiegend finanz-schwache Haushalte. Nachdem 1995 das oben genannte Gesetz erlassen wurde, konnten die meisten Bewohner*innen der Altstadt es sich nicht leisten, ihre Wohnung zu kaufen. Diese blieben weiterhin in staat-licher Obhut. Laut Grama hätten die lokalen Behörden nun die Möglichkeit weiterer Restitutionsforderungen als Ausrede genutzt, um weiterhin nicht in die Gebäude zu investieren. Ab Anfang der 2000er-Jahre hätten sie dann im Rahmen der Vorbereitungen für den EU-Beitritt versucht, diesen Ort umzuwerten und ihn als Beweis



Grama, Emanuela (2019).
Socialist Heritage.
The Politics of Past and
Place in Romania.

Indiana University Press,
Bloomington, IN.



Șerban, Mihaela (2018).
Regime Change and Pro-
perty Rights Consciousness
in Postcommunist Romania.

In: Law & Social Inquiry.



Demonstrierende und Kräfte der Militia (rumänische Polizei unter der direkten Kontrolle der Kommunistischen Partei) während der rumänischen Revolution im Dezember 1989, Magheru Boulevard, Bukarest



Verdery, Katherine
(2003).

The Vanishing Hectare.
Property and Value in
Postsocialist Transylvania.

Cornell University Press,
Ithaca / New York / London.

Dorondel, Stefan (2016).

Disrupted Landscapes.
State, Peasants and
the Politics of Land in
Postsocialist Romania.

berghahn books,
New York / Oxford.



Dumitrache, Liliana;
Zamfir, Daniela; Nae,
Mariana; Simion, Gabriel;
Stoica, Ilinca-Valentina
(2016).

The Urban Nexus:
Contradictions and Dilem-
mas of (Post)Communist
(Sub)Urbanization in
Romania.

In: Human Geographies
- Journal of Studies and
Research in Human
Geography.



Troc, Gabriel (2019).

Suburbanisation and
Middle Class Imaginaries
in the Post-Socialist City.
A Romanian Case Study.

In: Studia Universitatis
Babes-Bolyai Sociologia.

für die europäische Vergangenheit und Zugehörigkeit Rumäniens zu stilisieren. Trotz des Gesetzes von 2001, das die Rückübertragungen ermöglichen sollte, hätten staatliche Akteure weiterhin versucht, die Restitution zu erschweren. Grama berichtet von gefälschten oder verlorenen Dokumenten und von privaten Firmen, die die Restitutionsrechte von den Alteigentümer*innen billig kauften, um die Restitution danach selbst zu beantragen und daraus Profit zu schlagen.

Auch an den Rändern der rumänischen Hauptstadt prägte die Frage der Restitution die räumliche Entwicklung. Allerdings stand im suburbanen Raum ein anderes Gesetz im Zentrum der Auseinandersetzung, wie ein Team von rumänischen Geograph*innen herausfand.: das Gesetz zur Restitution des landwirtschaftlichen Bodens aus dem Jahr 1991. Es sah die Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und die Rückgabe des Bodens an die vorherigen Eigentümer*innen oder deren Nachfahren vor und ließ auch die Umwandlung von Agrarland in Bauland zu.



Häuser im ländlichen Rumänien. Foto: Joadl, Wiki Commons, Lizenz: CC BY SA 3.0

In den folgenden Jahren bauten daher viele Menschen auf den von ihnen zurückgewonnenen Ackerflächen in der Umgebung von Bukarest Häuser, oder sie verkauften die Flächen. Nachdem die Stadtplanungsgesetze aus der kommunistischen Zeit aufgehoben wurden, dauerte es über zehn Jahre, bis neue erlassen wurden. Es kam deshalb nicht selten vor, dass auf den neu erhaltenen Grundstücken auch ohne Baugenehmigung gebaut wurde, was die überforderten lokalen Behörden nachträglich akzeptierten. Die Autor*innen weisen außerdem auf strukturelle Probleme hin, wie die ungenügend entwickelten Versorgungs- und Verkehrsnetze, die dem Tempo der Suburbanisierung nicht stand-

hielten. Das Privatinteresse der neuen (und zugleich alten) Eigentümer*innen an Wohnraum oder einem profitträchtigen Verkauf führte also zu einer Änderung der Bodennutzung und letztlich einer Ausdehnung der Stadt zu Lasten der landwirtschaftlichen Fläche. Die Abwesenheit einer handlungsfähigen Planung führte dazu, dass dies ungeordnet geschah.

Ausgesprochen konfliktreich und langwierig gestaltete sich die (Rück-)Übertragung von Grundstücken der aufgelösten LPGs dagegen in abgelegenen Dörfern. In ihren historisch-anthropologischen Forschungen untersuchten Katherine Verdery und Stefan Dorondel die Auswirkungen des Gesetzes zur Verteilung des landwirtschaftlichen Bodens von 1991 für abgelegene Dörfer. Entschied hier also dieselbe Rechtsgrundlage über die neue Landverteilung wie im suburbanen Raum, so waren die Konsequenzen in einem eindeutig ländlichen Setting andere: Den einfachen Weg zur Verwertung durch Verstädterung gab es nicht. Stattdessen kam es zur Fragmentierung des landwirtschaftlichen Bodens. Obwohl sie die Parzellen zurückbekamen, konnten die Landwirt*innen oft nicht gewinnbringend auf ihnen anbauen. Ihnen fehlten die finanziellen und technischen Ressourcen.

In diesen politisch-gesellschaftlichen Kontext fügen sich die Entwicklungen ein, die in Radu Jude's Film *Kontinental* 25 dargestellt werden. Die Hauptfigur Orsolya wohnt am Rand von Cluj, im Vorort Florești, – eine der sich am rasantesten entwickelnden Vorstadtsiedlungen Rumäniens. Wohnten hier in den 1990er-Jahren weniger als 10.000 Menschen, so hatte sich Anfang der 2010er-Jahre die Einwohnerzahl mehr als verdoppelt. Heute haben über 50.000 Menschen ihren Wohnsitz in Florești. Die damit einhergehenden Probleme, wie hohe Dichte bei gleichzeitig schwachen Infrastrukturen, werden auch im Film beschrieben und gezeigt. Außerdem unterstreicht die Gerichtsvollzieherin mehrmals, sie lebe nicht im neu erschlossenen Neubauviertel von Florești, wo man so viel und eng aneinandergesamt hat, dass es erdrückend und unerträglich wirkt. Stattdessen besitze sie ein Eigenheim mit Garten im „schönen“ Florești. Diese Situation beschreibt auch der Soziologe Gabriel Troc in einer Studie, in der er den wachsenden Stadtrand von Cluj anhand von Interviews erforschte und die Entstehung von zwei suburbanen Stadtteilen beschreibt, darunter Florești. Den Gegensatz zwischen geräumigen Häusern mit Garten und den dicht aneinander liegenden Neubauwohnungen erklärt der Soziologe folgendermaßen: Die erstgenannten hätten zunächst

Privatpersonen gebaut, während die zweitgenannten etwas später von profitorientierten Firmen und Investoren geplant worden seien. Auch betont er, dass alle Gebäude auf ehemaligen landwirtschaftlich genutzten Flächen errichtet wurden. Troc begründet das Interesse der Bevölkerung an diesen neuen Wohnmöglichkeiten mit dem Wunsch, sich von sozialistischen Wohnvierteln zu distanzieren. Dies stehe in Verbindung mit dem Entstehen einer neuen Mittelschicht als Ausdruck des postsozialistischen, neoliberalen Wandels.

Antworten und Fragen

Die vorgestellten Forschungsarbeiten weisen darauf hin, dass es im Wesentlichen drei große Einflussfaktoren auf die sich wandelnden Eigentumsverhältnisse bei Grund und Wohngebäuden ab 1989/90 gab: sich verändernde gesetzliche Rahmenbedingungen, Auseinandersetzungen zwischen Mieter*innen und Alteigentümer*innen sowie eine korrupte staatliche Elite. Und doch bleiben viele Fragen unbeantwortet. Für meine weitere Forschung sind die folgenden besonders wichtig. Erstens gibt es zwar Studien zu städtischen, suburbanen und ländlichen Räumen. Doch es fehlen weitere Differenzierungen. Wie genau verlief die Privatisierung des landwirtschaftlichen Bodens etwa am Rand großer und mittelgroßer Städte? Bisher wurden nur wenige, große Städte untersucht.

Zweitens ist es bemerkenswert, dass bisherige Studien kaum auf die Rolle des Bodenevidenzsystems – also der Dokumentation von Eigentumsverhältnissen – bei der Rückübertragung oder Verteilung von Flächen eingehen. Ebenfalls wird die Entscheidung in den 1990er-Jahren, das Grundbuch und Katastersystem für das gesamte Rumänien zu vereinheitlichen, nicht thematisiert. Dies ist für den Fall Rumäniens besonders relevant, wenn man etwas weiter in die Geschichte zurückschaut. In den Regionen des 1918 entstandenen „Großrumänien“ existierten unterschiedliche Systeme der Bodenevidenz: In Siebenbürgen und der Bukowina, die neu hinzukamen, wurden unter habsburgischer Herrschaft das Kataster und das Grundbuch eingeführt. Im „Altreich“, also der Walachei und der Moldau, wurde ein Bodenevidenzsystem nach französischem Vorbild verwendet. Es gelang nicht, sie bis zur Errichtung des kommunistischen Systems Ende der 1940er-Jahre zu vereinheitlichen. Nach 1945 wurden Eigentumsverhältnisse nur unzuverlässig aufgezeichnet. Das bietet die Gelegenheit, die Rolle von Boden-

evidenzsystemen in sich wandelnden Eigentumsverhältnissen, gerade durch historische Zäsuren, genauer zu betrachten.

Drittens scheint der Boden durch die Umwandlung von Agrar- in Bauland seine Bedeutung als physisches Substrat zu verlieren: Ist Fruchtbarkeit für die Landwirtschaft bedeutend, geht es in der Suburbanisierung nur noch um Lage und Flächengröße. Aber ist das wirklich so? Oder haben Privateigentümer*innen und staatliche Behörden vielleicht doch die physischen Eigenschaften des Bodens beachtet, als sie Entscheidung über künftige Nutzung von Flächen trafen?

Und viertens schließlich fehlt es an einer Perspektive, die die suburbanen Entwicklungen Rumäniens international einordnet. Zwar sollten die Transformationsprozesse in postsozialistischen Ländern differenziert betrachtet werden, doch könnte ein Vergleich – etwa mit Ostdeutschland – das Phänomen besser kontextualisieren. Mit dem Einigungsvertrag und dem Vermögensgesetz von 1990 wurde hier das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ verankert und konsequenter als in Rumänien durchgesetzt. Dabei kam es zu zahlreichen Konflikten zwischen ostdeutschen Nutzer*innen und westdeutschen Alteigentümer*innen, wie die Historikerinnen Kerstin Brückweh und Anke Kaprol-Gebhardt anhand des Berliner Umlands zeigen. Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Rumänien und Ostdeutschland hinsichtlich des Verlaufs von Restitutionskonflikten und der beteiligten Gruppen? Die Politikwissenschaftlerin Lavinia Stan schreibt, der Umgang Deutschlands mit dem sozialistischen Erbe sei in Rumänien positiv aufgenommen worden. Und eines haben Rumänien und Ostdeutschland nachgewiesenermaßen gemeinsam: die „lange Dauer von Mentalitäten“ (Kerstin Brückweh), also das Festhalten der Menschen am Privateigentum auch über Jahrzehnte des Volkseigentums hinweg.



Brückweh, Kerstin (2021).

Der Alltag des Systemwechsels vor, während und nach 1989.

In: Enders, Judith C. et al. (Hrsg.). Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung.

campus, Frankfurt/New York, 439 – 548.

Kaprol-Gebhardt, Anke (2018).

Geben oder Nehmen: Zwei Jahrzehnte Rückübertragungsverfahren von Immobilien im Prozess der deutschen Wiedervereinigung am Beispiel der Region Berlin-Brandenburg.

BeBra Wissenschaft Verlag, Berlin.



Stan, Lavinia (2024).

Deutsche Einflüsse auf die Transitional Justice in Mittel- und Osteuropa.

In: Böick, Marcus et al. (Hrsg.). Jahrbuch Deutsche Einheit 2024.

Ch. Links Verlag, Berlin.

Autorin

Ana Clementina Irimină ist Historikerin und Doktorandin im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“. Sie erforscht den Wandel von Bodennutzung und Bodeneigentum im Spät- und Postsozialismus.

